

Die Windmaschine

KOMMENTAR
Von Walter Mayr

Der Drang, „sich Italiens zu bemächtigen“, wurzelt offenbar tief in Florenz. Schon Niccolò Machiavelli, Staatsphilosoph und Florentiner, rief im Buch „Il Principe“ dazu auf. Eine Politik ohne Moral, schlau und brutal in wechselnder Dosierung, tue not. Matteo Renzi, 39 Jahre alt und Bürgermeister von Florenz, hat sich 500 Jahre danach die Macht gegriffen. Zuerst in seiner sozialdemokratischen Partei und jetzt im ganzen Land. Der „Principe 2.0“, wie der internetaffine Renzi gerufen wird, brach dabei in Rekordzeit sein Versprechen, Italiens Regierungschef, den Parteifreund Enrico Letta, im Amt zu belassen. Nun will Renzi selbst das Land aus dem „Sumpf“ ziehen, als 65. Regierungschef seit Ende des Krieges und dritter seit vergangenem April. Über zwei Billionen Euro beträgt Italiens Staatsverschuldung; jede vierte Familie ist armutsgefährdet, die Jugendarbeitslosigkeit hoch. Ein neues Wahlgesetz, das klarere Machtverhältnisse garantiert, und einschneidende Strukturreformen stehen an. Renzi bringt das nötige Selbstbewusstsein mit. Allerdings: Er ist neu in den Schlangengruben römischer Politik. Und eine stabile Mehrheit für ihn ist nicht in Sicht. Ohne Neuwahlen eine Trendwende zu erzwingen, das wird schwierig. Aber Renzi segelt kunstvoll am Wind, den er selbst macht. Dabei hat er kein Mandat vom Volk und keines vom Parlament. Ihn tragen die Hoffnungen seiner so zerrissenen wie machthungrigen Partei und das Wohlwollen der krisengebeutelten Bevölkerung. Bemerkenswert still halten bei diesem demokratischen Experiment Brüssel und Berlin. Dass da ein schneidiger junger Mann die drittgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone um die Regierung bringt, wird erst einmal schweigend zur Kenntnis genommen. Und so bleibt es Nichi Vendola vorbehalten, dem kommunistischen Präsidenten der Region Apulien, passende Worte für Renzis Palastrevolution bei den Linken zu finden: „Was so beginnt, kann nicht gut enden.“

USA

Snowdens heimliche Helfer

Die NSA hat bei der Aufklärung der Snowden-Affäre erstmals personelle Konsequenzen gezogen. In einem Schreiben an den US-Kongress räumte der Geheimdienst ein, dass drei Mitarbeiter im Verdacht stünden, dem Whistleblower Edward Snowden zu mindest unwissentlich geholfen zu haben. Ein Mitarbeiter des NSA-Stützpunktes auf Hawaii hatte zugegeben, mit seinem Passwort Snowden Zugang zum internen NSA-Netz verschafft zu haben. Snowden soll das Passwort rekonstruiert und so erweiterten Zugang zu Geheimmateriale erlangt haben. Auch wenn der Mann „nichts von den Absichten von Herrn Snowden wusste“, habe er gegen die Sicherheitsrichtlinien verstoßen, heißt es in dem NSA-Schreiben. Der Geheimdienst hat dem Mitarbeiter mittlerweile die Sicherheits-

einstufung entzogen, Mitte Januar schied der Mann aus dem Dienst aus. In zwei weiteren Fällen ermittelt das FBI gegen einen Mitarbeiter einer NSA-Vertragsfirma sowie gegen einen militärischen Angehörigen des Geheimdienstes. Sie sollen Snowden ebenfalls den Zugang zu mehreren hunderttausend vertraulichen Dokumenten erleichtert haben. Snowden hat stets beteuert, er habe allein gehandelt. Er sei auch deshalb persönlich an die Öffentlichkeit gegangen, um Kollegen zu schützen: Er wolle nicht, dass sich andere harten Befragungen unterziehen müssten, sobald Ermittler nach undichten Stellen fahndeten.



BOSNIEN

Staat ohne Zukunft

Die anhaltenden Proteste in Bosnien-Herzegowina lassen in der EU die Einsicht reifen, dass der potentielle Beitrittskandidat in der jetzigen Form nicht überleben kann. Tausende Bürger demonstrieren seit zwei Wochen gegen Armut und Arbeitslosigkeit. „Die Unruhen werfen die Frage auf, ob der gegenwärtige Zuschnitt des Staates

eine Zukunft hat“, sagt Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament. Der Unmut richtet sich vor allem gegen Korruption und Misswirtschaft. Die ethnische Vielfalt aus bosnischen Muslimen, Serben und Kroaten spielt bei den Unruhen anders als beim Bürgerkrieg in den neunziger Jahren kaum eine Rolle. Vielmehr sind die staatlichen Strukturen, die beim Friedensabkommen von Dayton festgelegt wurden, die Ursache für die Unzufriedenheit: Während es kaum Arbeit für die mehr als vier Mil-

lionen Menschen gibt, hat sich die politische Elite der beiden weitgehend autonomen Landesteile mit immer neuen Posten versorgt. In der bosnischen Föderation mit ihren zehn Kantonen und der Republika Srpska gibt es allein 14 Regierungschefs und etwa 150 Minister. „Dayton taugt nicht als Instrument, um die dauerhafte Lebensfähigkeit des Staates sicherzustellen“, sagt Brok und bestätigt entsprechende Überlegungen in der EU-Kommission. Auch die EU-Außenminister beschäftigten sich bei ihrer jüngsten Sitzung mit der Frage, wie die Staatsstrukturen reformiert werden müssten.

